



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Daniel Gander / Michel Losey

2015-CE-272

Bau von Solaranlagen entlang der Autobahn-Seitenstreifen

I. Anfrage

Die Energiepolitik des Kantons ist auf neue, nachhaltige Energiequellen zur Stromproduktion sowie auf das Energiesparen ausgerichtet (OFF-Kampagne). In diesem Zusammenhang, werden regelmässig neue Technologien wie Windkraftanlagen und Solaranlagen erwähnt.

In Deutschland sind Solaranlagen inzwischen weit verbreitet, insbesondere auf den Dächern von Wohnhäusern, Bauernhöfen und Firmengebäuden. Auch mitten in der Landschaft gibt es Solaranlagen auf einer Fläche von mehreren Hektaren. Was aber besonders auffällt, sind die Sonnenkollektoren, die über weite Strecken entlang der Seitenstreifen beidseits der Autobahnen gebaut wurden. Diese Lösung ist bemerkenswert, da sie es erlaubt, den Unterhalt der Grünflächen zu begrenzen, der heute den Einsatz von Mensch und Maschine verlangt. Ausserdem können die Sonnenkollektoren auch als Lärmschutz dienen, sofern es die Umgebung erlaubt.

Aufgrund dieser Darlegungen erlauben wir uns, die folgenden Fragen zu stellen:

1. Was unternehmen die Dienststellen des Staats in diesem Bereich?
2. Wer kann den Solarfachpersonen Auskunft geben und ihnen die Bewilligung zum Bau derartiger Anlagen erteilen? Das ASTRA oder der Staat?
3. Soll eine öffentlich-private Partnerschaft aufgestellt werden und welche Impulse für die Umsetzung dieser Vision will der Staat Freiburg geben?

14. Oktober 2015

II. Antwort des Staatsrats

Für die Umsetzung seiner Energiestrategie und insbesondere der Ziele in Bezug auf die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen hält der Staatsrat den Bau von photovoltaischen Solaranlagen für vorrangig und zwar in gleichem Masse wie die Nutzung von Wasserkraft, Windkraft und Biomasse. Bis heute wurden im Kanton photovoltaische Sonnenkollektoren mit einer Gesamtfläche von 130 000 m² gebaut. Diese weisen eine Jahresproduktion von 17 000 MWh auf, was dem Stromverbrauch von etwa 5000 Haushalten, respektive 0,9 % des gesamten Stromverbrauchs im Kanton entspricht.

Mit einer installierten Kollektorfläche von 36,4 m² pro Person, liegt der Kanton Freiburg knapp über dem Landesdurchschnitt von 34,1 m² pro Person.

Dies vorausgeschickt beantwortet der Staatsrat die gestellten Fragen wie folgt:

1. Was unternehmen die Dienststellen des Staats in diesem Bereich?

Was die Gebäude im Besitz des Staats betrifft, wird bei jedem Neubau und jeder Dachsanierung systematisch geprüft, ob eine Solaranlage eingebaut werden kann. Bis heute wurden auf den Dächern der Gebäude im Besitz des Staats photovoltaische Solaranlagen mit einer gesamten Kollektorfläche von 3900 m² eingebaut. In Umsetzung der Motion von Grossrat Eric Collomb wird der Staatsrat ferner vor Juni 2016 eine Änderung des Energiegesetzes vorlegen, die die Pflicht zum Einbau einer Anlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien bei allen Neubauten vorsieht.

Der Staatsrat hält den Bau von Solaranlagen entlang der Seitenstreifen der Autobahnen für eine interessante Idee, sofern sich die Ausrichtung eignet, die fragliche Fläche nicht anderweitig nutzbar ist und die üblichen Anforderungen an die Integration erfüllt sind. In den letzten Jahren wurden entsprechende Anlagen übrigens auf einzelnen Strecken in der Schweiz gebaut, aber nicht im Kanton Freiburg.

2. Wer kann den Solarfachpersonen Auskunft geben und ihnen die Bewilligung zum Bau derartiger Anlagen erteilen? Das ASTRA oder der Staat?

Alle Bauprojekte, die das Nationalstrassennetz tangieren, werden vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) geleitet, das seit 2008 den Bund als Eigentümer der Autobahnen vertritt.

3. Soll eine öffentlich-private Partnerschaft aufgestellt werden und welche Impulse für die Umsetzung dieser Vision will der Staat Freiburg geben?

Der Bund befindet sich in der ersten Umsetzungsphase der Energiestrategie 2050. Der Bau von photovoltaischen Solaranlagen gehört zudem bereits zu den Zielen der Energiepolitik des Bundes. Der Staatsrat ist der Ansicht, dass folglich keine Schritte in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

7. Dezember 2015